

geschlossen. Dies verweist auf ein grundsätzliches Problem der Untersuchung von Chansons als „Textmusik“, bei der zur wirklich gleichwertigen Beobachtung von Text und Musik eigentlich eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Musik- und Literaturwissenschaftlern notwendig wäre. Die Konstatierung des Fehlens einer revolutionären Tradition für das Korpus müßte dann möglicherweise in Frage gestellt werden, da beispielsweise allein ein Drittel der von Béranger verwendeten Melodien aus dem 18. Jh. stammen und die Marseillaise in allen revolutionären Bewegungen des 19. Jhs. eine wichtige Rolle spielt.

Die Studie bietet insgesamt einen guten Überblick über das politisch-sozial engagierte Chanson der Zeit und stellt in ihrer thematischen Beschränkung den Leser nach beendeter Lektüre vor die Frage ihrer Verbindung zu anderen Chansontraditionen. Das in dieser Form als reale Bedrohung des politischen Machtgefüges angesehene Chanson steht insbesondere in Opposition zu den Mitte des Jahrhunderts einsetzenden folkloristisch orientierten Sammelbewegungen beispielsweise eines Charles Nisard, die gerade das aktualitätsbezogene und politische oder soziale Aussagen transportierende Chansons bewußt aus ihrer Konzeption der „chanson populaire“ und damit aus

der Konstruktion nationaler Identität über eine vermeintliche Volkskultur ausschließen.

Annette Keilhauer

- 1 J. O. Fischer, Pierre Jean de Béranger, Werk und Wirkung, Berlin 1960; J. Touchard, La gloire de Béranger, Paris 1968.
- 2 Französische Chansons, Von Béranger bis Barbara, Französisch/Deutsch, Stuttgart 1987.
- 3 H. Thoma, Die öffentliche Muse, Studien zur Versdichtung und zum Lied in Frankreich (1815-1851), München 1986.

Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1992, 440 S.

Der Titel der Arbeit, der vermutlich weniger von der Autorin als vom Verlag zu verantworten ist, verspricht mehr als die bei Reinhard Kühnl in Marburg entstandene Dissertation einzulösen vermag. Statt eine umfassende Darstellung der „Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus“ zu bieten, wird lediglich ein, allerdings wichtiger, Aspekt untersucht: die zwischen 1933 und 1945 von Historikern zur Außen- und Kriegspolitik

des Regimes veröffentlichten Stellungnahmen. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt dabei eindeutig auf den Kriegsjahren. Was die Autorin für die Zeit nach 1938/39 an politischen Äußerungen zusammengetragen hat, ist durchaus als eindrucksvoll zu bezeichnen. Nirgendwo sonst ist bislang in vergleichbarer Dichte dokumentiert worden, in welchem Maße deutsche Historiker die nationalsozialistische Außenpolitik auch dann noch gerechtfertigt haben, als das Ziel der Revision des Versailler Vertrages schon längst erreicht war. Auch außerhalb der bereits verschiedentlich näher untersuchten Osteuropaforschung (u.a. von Burleigh, Camphausen, Kleßmann und Voigt), die zum Teil unmittelbar an der Planung der verbrecherischen Besatzungspolitik beteiligt war, fand die nationalsozialistische Aggression bei den Historikern eine beachtliche Unterstützung. Die bereits von Werner (1967) und Iggers (1971) festgestellte Übereinstimmung der Historikergesellschaft mit wesentlichen politischen Zielen des Nationalsozialismus kann nun für den Bereich der Außenpolitik als vielfach belegt gelten. Kritisch anzumerken wäre höchstens, daß sich die Untersuchung einseitig auf die Stellungnahmen der Historiker zu den west- und osteuropäischen Kriegsgegnern Deutschlands konzentriert,

während man nach vergleichbaren Äußerungen zu Italien, den Balkanstaaten, Japan und vor allem den USA vergebens sucht. Läßt man dieses Manko außer Acht, so wird man *Schönwälder* ohne weiteres bestätigen können, daß ihr in der Erschließung und Präsentation neuer Dokumente eine hervorragende Leistung gelungen ist.

Die von Schönwälder gewählte Forschungsstrategie weist allerdings nicht nur Gewinne auf, sondern es werden an ihr auch all jene besonderen Probleme deutlich, die mit einer ideologiekritischen Vorgehensweise grundsätzlich verbunden sind.

Zunächst ist zu bemerken, daß die Autorin ihrem Interesse, das politische Versagen der Historiker möglichst in aller Breite zu dokumentieren, so sehr einen Vorrang einräumt, daß eine weiterführende Analyse der vorgelegten Quellen fast völlig unterbleibt. Höchstens in Ansätzen geht sie der Frage nach, wie das politische Verhalten der Historiker zu erklären und zu bewerten ist. Ob das gezeigte politische Engagement von bloßem Opportunismus oder echter Überzeugung getragen wurde, inwieweit bestimmte weltanschauliche oder wissenschaftliche Prägungen zu besonderen Radikalisierungen führten, ob in den politischen Meinungsunterschieden ein Generationskonflikt zum Ausdruck kam

– all dies wird nirgends systematisch erörtert. So liest sich die Arbeit auf weiten Strecken wie eine Dokumentensammlung: Der Leser wird zwar mit einer großen Fülle von Namen und Zitaten konfrontiert, doch werden die Einzelbelege viel zu selten in ihrem Stellenwert kritisch diskutiert und in einen übergreifenden Gesamtzusammenhang eingeordnet.

So ist *Schönwälder* grundsätzlich nur zuzustimmen, wenn sie etwa betont, daß der überwältigende Erfolg des Frankreichfeldzuges die Historikerschaft tief beeindruckt hat (S. 176ff.). Inwieweit jedoch die Bewunderung dieser militärischen Leistung zu einer insgesamt verstärkten Identifikation mit der nationalsozialistischen Kriegspolitik geführt hat, wird dagegen mehr behauptet als bewiesen. Wenn sich auch entschiedene Gegner des Nationalsozialismus, wie der ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD Artur Rosenberg¹ oder liberale Außenseiter wie Franz Schnabel und Friedrich Meinecke über die militärischen Erfolge des Regimes bewundernd geäußert haben, so zeigt dies bereits, wie problematisch es ist, solche Einzelaussagen isoliert zu zitieren und damit den Eindruck zu erwecken, mit ihrer Präsentation werde das (außen-)politische Denken der betreffenden Personen ausreichend charakterisiert. Die eklektizistische Vorge-

hensweise der Autorin, die nicht den politischen „Denkweg“ einzelner Historiker mit all seinen Ambivalenzen und Widersprüchen rekonstruiert, sondern nur eine Auswahl ihrer vermeintlich aussagekräftigsten Kommentare zu den wichtigsten Zeitereignissen wiedergibt, setzt sich zweifellos der Gefahr aus, ein holzschnittartiges, zur Vereinfachung neigendes Bild zu präsentieren.

Auf die allgemeinen sozialen und politischen Voraussetzungen von Gelehrtenpolitik, die Rüdiger vom Bruch für das späte Kaiserreich so minutiös beschrieben hat, geht die Autorin nur eher heiläufig ein. Dies überrascht schon deshalb, weil sie sich ausdrücklich das Ziel gesetzt hat, „allgemeinere Erkenntnisse über das Verhältnis von Wissenschaft, Faschismus und Krieg“ gewinnen zu wollen (S. 19). Dies setzt aber doch voraus, daß die besonderen Bedingungen, unter denen im NS-Staat Wissenschaft betrieben wurde, ausführlich reflektiert werden. In diesem Zusammenhang hätte ein Vergleich mit dem im Ersten Weltkrieg von den deutschen Historikern gezeigten politisch-publizistischen Engagement die Untersuchung sicherlich um neue und interessante Gesichtspunkte bereichern können. An dieser Stelle sei nur auf einen charakteristischen Unterschied hingewiesen: Während die Historiker nach

1914 eine eigenständige Kriegspolitik artikulierten und damit für sich einen nationalpädagogischen Führungsanspruch reklamierten, beschränkten sie sich nach 1939 weitgehend darauf, bereits eingetretene Entscheidungen historisch zu rechtfertigen. Auch dies sagt sicherlich etwas über ihre nach 1933 erheblich gewandelte soziale Stellung aus.

Da die Autorin offenbar der Ansicht ist, daß die Quellen für sich selber sprechen, fehlt es in ihrer Einleitung an den notwendigen Reflexionen zur Methodik. So erkennt sie zwar auch, daß die Historiker, die sich von der deutschen Kriegspolitik distanzieren wollten, dies „kaum schriftlich“ oder „öffentlich“ taten (S. 261), doch bleibt dieser nicht gerade überraschende Befund für ihre Vorgehensweise ohne Konsequenzen. Da sie in ihrer Darstellung trotzdem nur die von den Historikern veröffentlichte Publizistik beachtet, versteht es sich von selbst, daß sie eine nahezu einhundertprozentige Zustimmung zur Politik des Regimes konstatieren kann. Die Art der Quellenauswahl garantiert also bereits ein bestimmtes Untersuchungsergebnis. Dies kann im Einzelfall zu fragwürdigen Einschätzungen führen: Wer die Historikerkorrespondenz aus den Jahren 1938/39 kennt, wird feststellen können, daß es sicherlich eine Verkürzung darstellt,

wenn *Schönwälder* die auffällige Zurückhaltung, mit der die Geschichtswissenschaft (ebenso wie die Bevölkerung) auf den Kriegsausbruch reagierte, mit einer nationalsozialistischen Propagandastrategie zu erklären versucht, die Polen als den eigentlichen Aggressor bloßstellen wollte (S. 146). Es fragt sich daher, ob die Autorin nicht vielfach zu genaueren Beurteilungen gelangt wäre, wenn sie ihre Arbeit auch auf eine Auswertung von Nachlässen gestützt hätte. Die monumentale Darstellung Helmut Heibers über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands“ (1966) hat jedenfalls gezeigt, welches große Spektrum an politischen Verhaltensformen sichtbar wird, wenn eine Untersuchung auch auf unveröffentlichte Quellen zurückgreift.

Die Berechtigung der hier vorgebrachten Kritik läßt sich zum Teil mit pragmatischen Argumenten bestreiten. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß bei gleichbleibenden Aufwand ein Mehr an Wahrnehmungsschärfe stets durch ein Weniger an Masse erkaufte werden muß; d.h. die Autorin wäre gezwungen gewesen, ihre Untersuchung auf einige Beispielfälle zu konzentrieren. Man kann über das Für und Wider einer solchen Beschränkung geteilter Meinung sein. Wer jedoch die Entscheidung der

Autorin für eine auf die Gesamtheit der Historikerschaft bezogene Untersuchung für richtig hält, muß auch erwarten können, daß tatsächlich ein repräsentativer Überblick über die politische Haltung der gesamten Historikerschaft gegeben wird. Dies geschieht aber leider nur unvollkommen, denn viel zu oft bleibt unklar, in welchem Verhältnis die von der Autorin zitierten Historiker zu der (Mehrheits-)Meinung der Historikerschaft gestanden haben. Ein Beispiel mag das Gesagte verdeutlichen: Wenn *Schönwälder* zu dem Ergebnis kommt, daß sowohl der Überfall auf Polen (vgl. die Namensnennungen auf S. 144) als auch der Beginn des Rußlandfeldzuges (S. 260f.) von jeweils etwa 20 Historikern öffentlich gerechtfertigt wurde, so fragt man sich mit Blick auf die von ihr im Personenregister genannte Zahl von weit über 150 Historikern, ob man nicht angesichts solcher Größenverhältnisse viel eher betonen müßte, daß es unter den deutschen Historikern eine deutliche Mehrheit gab, die 1939 und 1941 nicht bereit war, die nationalsozialistische Kriegspolitik öffentlich zu unterstützen. Inwiefern ein solcher Schluß angebracht ist und zu welchen interpretatorischen Konsequenzen er gegebenenfalls nötig, kann hier nicht erörtert werden. Es soll damit nur angedeutet werden, daß das von

der Autorin vorgelegte Dokumentenmaterial keineswegs einen so eindeutigen Befund ergibt, wie die Autorin selber zu glauben scheint.

Hier wie auch bei allen anderen wichtigen außenpolitischen Ereignissen hätte eine vergleichende Auswertung *aller* erfolgten Reaktionen – als auch der des Schweigens – die innerhalb der Historikerschaft maßgebenden politischen Entscheidungstendenzen schärfer hervortreten lassen als dies durch eine Aufzählung allein der publizistisch engagierten Historiker geschehen kann.

In ihrer Einleitung schreibt die Autorin, daß sie mit ihrer Arbeit nicht das Ziel verfolgt, die „individuellen Motive und Gedanken einzelner Historiker“ vorzustellen und deren Verhalten moralisch zu bewerten (S. 19). Zu welchen Konsequenzen eine solche Vorgehensweise führen kann, läßt sich am Beispiel ihrer Darstellung der im Dritten Reich neu etablierten Volkstumsgeschichte gut verdeutlichen (S. 105ff.). Sie wurde an der Bonner Universität von Franz Petri und Franz Steinbach vertreten. Während Petri offen und eindeutig zu Gunsten des Nationalsozialismus votierte, finden sich bei Steinbach, der ab 1941 nichts mehr veröffentlichte, keine vergleichbaren Stellungnahmen. Bei *Schönwälder* wird aber dieser fundamentale Unterschied verwischt. Dabei

de Historiker den deutschen Kultur- einfluß in Westeuropa beschrieben haben, ist sie der Auffassung, daß die von Petri und Steinbach erarbeiteten Forschungsergebnisse in jedem Fall dazu verwendet werden konnten, um auf Gebiete jenseits der Westgrenze Herrschaftsansprüche anzumelden. Die Autorin fühlt sich daher berechtigt, beide Historiker ungeachtet ihrer konträren politischen Haltung als Vordenker des von den Nationalsozialisten propagierten „Volkstumskampfes im Westen“ einzustufen.

Die Darstellung, die *Schönwälder* der Person Steinbachs zuteil werden läßt, verweist in exemplarischer Weise auf ein wesentliches Problem ihrer Untersuchung. Für ihre Kritik an Steinbach ist nicht so sehr seine individuelle politische Einstellung von Bedeutung, sondern vor allem die Tatsache, daß die von ihm erarbeiteten Forschungsergebnisse auch zur Rechtfertigung von Expansionsbestrebungen zu verwenden waren. In ähnlicher Weise konstatiert sie auch in anderen Fällen, daß sich die Ergebnisse seriöser wissenschaftlicher Forschung für das Regime als „nützlich“ oder „verwendbar“ erwiesen haben. Ob eine solche politische Instrumentalisierung von den jeweiligen Historikern angestrebt, zugelassen oder abgelehnt worden ist, bleibt jedoch weitgehend offen. Die Autorin be-

schränkt sich vielmehr darauf, mit besonderem Nachdruck festzustellen, daß auch die an fachwissenschaftlichen Grundsätzen festhaltende Mehrheit der Historiker mit ihren Forschungen dem Regime gedient habe. In diesem Zusammenhang stellt sie schon in ihrer Einleitung fest, daß „auf adäquate Realitätsbeschreibung ausgerichtete Forschung ... weniger auf 'Resistenz' der Wissenschaften als auf die Funktionalität solcher Wissenschaft in eben diesem faschistischen System zurückzuführen sei“ (S. 17). Es fragt sich allerdings, inwieweit diese Feststellung, die im Bereich der Naturwissenschaften sicher gültig ist, auch auf die Geisteswissenschaften übertragen werden kann. Denn während in den Naturwissenschaften wissenschaftliches Erkenntnisstreben zur Steigerung der wirtschaftlichen und militärischen Machtentfaltung unmittelbar beigetragen hat und somit in hohem Maße systemstabilisierend wirkte, kann doch nicht bestritten werden, daß in der Geschichtswissenschaft das Festhalten an den überlieferten Maßstäben wissenschaftlicher Kritik der politischen Verwertung historischen Wissens in aller Regel entgegenwirken mußte. Da aber unter den nach 1933 gegebenen politischen Rahmenbedingungen eine regimekritische Geschichtswissenschaft ohnehin nicht denkbar war, kann man der Auf-

fassung sein, daß die auch von der Autorin nicht abgestrittene Bewahrung wissenschaftlicher Methodik das Maximum dessen war, was unter den herrschenden Umständen an Nicht-Anpassung von den Historikern überhaupt zu praktizieren war.

Davon deutlich zu trennen ist die Frage, ob die Nicht-Anpassung an nationalsozialistische Geschichtsdogmen bereits als eine besondere Leistung der Historikerschaft zu würdigen ist. Je nachdem, wie hoch man den vom Regime auf die Historikerschaft ausgeübten Gleichschaltungsdruck einschätzt, können die Antworten sehr unterschiedlich ausfallen. *Schönwälder* bezieht hier eine entschiedene Position: Sie verneint jede nennenswerte Repression und behauptet, daß sich zwischen Nationalsozialismus und etablierter Geschichtswissenschaft eine intensive und reibungslose Kooperation ergeben habe. Dabei fragt es sich allerdings, inwieweit die von der Autorin auf dem Feld der Außenpolitik festgestellten Übereinstimmungen zu verallgemeinern sind. Auch ihre Behauptung, es habe gar kein nationalsozialistisches Geschichtsbild gegeben, erscheint nicht unbedingt einsichtig. Wie etwa die Praxis der Schulbuchzulassung zeigt, existierten durchaus klare Richtlinien, wie ein Geschichtsbuch im Sinne der natio-

nalsozialistischen Weltanschauung zu gestalten sei. Wenn sich das Regime mit der Universitätshistorie arrangierte, so hatte dies doch wohl vor allem mit der Erkenntnis zu tun, daß von einer bereits 1933 politisch gesäuberten Disziplin ohnehin keine bedeutsame Opposition zu erwarten war. Die in der Beschäftigung mit dem Thema von Rothfels (1965) bis Rüsen (1992) immer wieder hervorgehobene „Wahrung methodisch korrekter und nicht der Ideologisierung preisgegebener Wissenschaft“ (S. 17) wird also durch die Arbeit von Schönwälder nicht eigentlich widerlegt, wohl aber in ihrer Bedeutung nachhaltig relativiert. Denn wie sie zeigen kann, immunisierte auch eine noch so perfekte Beherrschung der historischen Methode nicht vor gravierenden politischen Irrtümern. In vielen Fällen konnte eine Ablehnung des nationalsozialistischen Geschichtsbildes durchaus mit einer Bejahung der nationalsozialistischen (Außen-)Politik verbunden werden. Die vielschichtigen Gründe für die politische Verführbarkeit der Historiker offenzulegen und ihr jeweiliges Ausmaß genau zu bestimmen, kann aber durch den von der Autorin gewählten ideologiekritischen Ansatz nur unvollkommen geleistet werden. Die Notwendigkeit weiterer, vor allem biographischer Einzeluntersuchungen, die nicht nur

die Resultate politischer Denkprozesse festhalten, sondern diese selbst in Entstehung und Verlauf transparent zu machen versuchen, liegt auf der Hand. Erst auf ihrer Grundlage wird es dann möglich sein, innerhalb der Historikergesellschaft deutlicher, als dies in der vorliegenden Untersuchung geschehen ist, zwischen Aktivisten, Mitläufern und Gegnern des NS-Regimes zu unterscheiden.

Stefan Meineke

- 1 Nach Mitteilung von Hans Rosenberg (gest. 1988), der ebenso wie sein mit ihm nicht verwandter Namensvetter Arthur nach 1933 in die USA emigrierte und für einige Jahre am New Yorker Brooklyn College unterrichtete.

Jens Wehner, Kulturpolitik und Volksfront. Ein Beitrag zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, 2 Bde. Peter Lang, Frankfurt a.M. u.a. 1992, 1199 S.

Allein die ursprüngliche Zielstellung des Autors, nämlich die „Beschreibung der kulturpolitischen Zeitschriften der Ostzone als

Teil eines gesamtdeutschen Phänomens und die Auswertung dieser Publikationsorgane mit Hilfe des Begriffs der 'politischen Kultur'“ (S. 5) in den Jahren 1945 bis 1949 wäre eine außerordentlich anspruchsvolle Aufgabe gewesen. Doch habe sich im Zuge der Arbeit gezeigt, so eingangs der Autor weiter, daß solche Zielstellung zu kurz greife, weshalb der Untersuchungsgegenstand sogar noch ausgedehnt wurde. Entstanden ist schließlich, um es in kürzestmöglicher Form zu sagen, ein Abriß von Aspekten der Geschichte des Kulturbundes in dieser Zeit.

Wehner hat mit beeindruckendem Fleiß eine über eintausendseitige Untersuchung angefertigt, die in der Gründlichkeit der Quellenerschließung kaum übertroffen werden kann. Wer immer in Zukunft diesem Gegenstand Aufmerksamkeit schenken möchte, wird nicht nur, wie man gern zu sagen pflegt, an ihr nicht vorbeikommen, sondern sie gerade deshalb gern zur Hand nehmen, weil viele nur noch mit Mühe erschließbare Texte und Dokumente hier – zumeist mit längeren Originalauszügen – zugänglich gemacht werden.

Ist dies der auf der einen Seite bestimmende Eindruck, so steht ein zweiter mit ihm in direkter Verbindung. Diese schier überquellende Materialfülle hat den Autor offen-